

Unter welchen Bedingungen und Zielsetzungen sind militärische Interventionen sinnvoll?

Peter Tauber

»Die stärkste Zivilcourage ist machtlos gegenüber dem systematisch organisierten Radau und Terror.«

Max Süßheim

1. Nach der Zeitenwende

In seiner Regierungserklärung zur Sondersitzung des Deutschen Bundestages zum Krieg in der Ukraine am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine »Zeitenwende« ausgerufen. Wörtlich sagte er: »Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus.«¹

Der Bundestag hat seitdem ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro beschlossen, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu verbessern. In der Debatte um das Sondervermögen waren auch Stimmen

¹ <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwendedownload-bpa-data.pdf?download=1>.

zu hören, die für die Verwendung der Mittel einen weiter gefassten Sicherheitsbegriff zugrunde legen wollten. Müsste nicht auch kritische Infrastruktur und der Zivilschutz sowie unsere Abhängigkeit von digitalen Strukturen neu unter dem Aspekt der Sicherheit gedacht werden? Wie steht es um die Resilienz der Gesellschaft bei Bedrohungen – auch möglichen, nicht unmittelbar als solche erkennbaren?² Ohne diese Debatte bewerten zu wollen, zeigt sie eins deutlich: Sicherheit und Stabilität können nicht allein militärisch gedacht und generiert werden. Es braucht einen weiter ausgreifenden Sicherheitsbegriff.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine verändert den Blick auf das Militär. In Deutschland wird wieder über die Landes- und Bündnisverteidigung diskutiert. Das verstellt den Blick darauf, dass die Bundeswehr weiterhin in einer Mehrzahl von Auslandseinsätzen gebunden ist und voraussichtlich auch künftig im internationalen Krisenmanagement eine Rolle spielen wird, da sich die deutsche Politik nicht nur zu einem stärkeren Engagement bekannt hat, sondern dies von den internationalen Partnern eingefordert werden wird – selbst wenn die Deutschen das mehrheitlich skeptisch sehen.³ Bleibt das Militär aufgrund der aktuellen Erfahrungen auch künftig ein Instrument der internationalen Krisenpolitik? Unter welchen Bedingungen sollte in Zukunft Militär eingesetzt werden? Diesen Fragen soll hier nachgegangen werden.

2. Die Grundsatzfrage

Es gibt in der deutschen Politik sowohl ganz links als auch am rechten Rand des politischen Spektrums eine kurze Antwort auf die Frage, unter welchen Bedingungen und Zielsetzungen eine militärische Intervention sinnvoll sein kann: Eine militärische Intervention ist nie sinnvoll. Ganz

2 <https://www.deutschlandfunk.de/sondervermoegen-bundeswehr-militaerausgaben-ruestungsinvestitionen-100.html>.

3 <https://www.nzz.ch/international/deutschlands-rolle-in-der-welt-mehrheit-fordert-zurueckhaltung-ld.1707453>.

links ist diese Meinung gespeist von einer grundlegenden Ablehnung des Militärs als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne Clausewitz und ganz rechts herrscht die Meinung vor, dass eine Intervention in anderen Teilen der Welt um Frieden, Stabilität und Sicherheit zu generieren, frei nach Bismarck nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert sei.⁴

Beide Sichtweisen sind ahistorisch und widersprechen vollständig der Erwartungshaltung, die Deutschland weit über die NATO und Europäische Union hinaus in der internationalen Völkergemeinschaft begleitet. Wer sich nicht gleich dem Vorwurf aussetzen möchte, er sei ein Anhänger der politischen Parteien am rechten und linken Rand, der legt die Stirn in Sorgenfalten und verweist wissend und mahnend zugleich auf Afghanistan. Dort habe man doch erlebt, dass eine militärische Intervention keine Lösung sei. Es ist vom »Scheitern«, gar vom »Desaster« am Hindukusch die Rede.⁵

Eine differenzierte Analyse des Krieges und den Entscheidungen zur Intervention des Westens in Afghanistan und gar eine allgemeine Antwort auf die Frage, unter welchen Bedingungen und Zielsetzungen militärische Interventionen sinnvoll, vielleicht sogar notwendig sind, welche Rolle dem Militär in unterschiedlichen Entwicklungspraxen zukommen kann, ist dann nicht mehr möglich. Genau das ist aber die zugegebenermaßen durchaus anspruchsvolle Aufgabe dieses Textes.

Gerade vor dem Hintergrund der noch ausstehenden Evaluierung des Einsatzes in Afghanistan ist absehbar, dass weitergehende Erkenntnisse aus einer politisch unabhängigen, wissenschaftlichen, mit »ressortübergreifendem Charakter« versehenen Evaluation resultieren werden.⁶ Dem kann und will dieser Text nicht vorgreifen. Wir kommen also nicht umhin, eher allgemeine Überlegungen anzustellen.

4 Vgl. <https://blog.prif.org/2021/08/27/die-wahlprogramme-zu-auslandseinsaetzen-der-bundeswehr/>.

5 <https://www.tagesspiegel.de/politik/afghanistan-ist-ein-debakel-der-politik-nicht-des-militars-5120011.html>.

6 Erste weiterführende Analysen und Stellungnahmen findet man auf der Internetseite des Beirats Zivile Krisenprävention der Bundesregierung: <https://beirat-zivile-krisenpraevention.org/wp-content/uploads/2021/11/Auswahl-vo>

Falsch ist hingegen der Eindruck, und diese Bemerkung sei noch einleitend vorangestellt, bisher habe es keine Analysen und Evaluierungen gegeben. Das Gegenteil ist der Fall. In der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der FPD-Bundestagsfraktion zum deutschen Engagement in Afghanistan finden sich zahlreiche Evaluationsberichte.⁷ Hinzu kommt, dass gerade das »Scheitern des Westens« in Afghanistan nicht so sehr mit Blick auf den militärischen Einsatz, sondern vor allem mit der Stärkung und Bildung einer Zivilgesellschaft durch Entwicklungszusammenarbeit in Verbindung gebracht wird. Mit anderen Worten: Afghanistan ist ein schlechtes Beispiel.

3. »Vom Kriege«

Vollmundig hat die deutsche Politik Clausewitz abgeschworen, der das im Rest der Welt weiter geltende Diktum formuliert hat, dass der »Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« sei.⁸ Das »Nie wieder Krieg!« galt längst nicht mehr als Appell, sondern mit Blick auf Europa als Gewissheit. Das hat in den letzten Jahrzehnten den Blick dafür verstellen, dass Gewalt nach wie vor in unzähligen Konflikten den Alltag beherrscht. Ein Wandel des Kriegs- und Konfliktbildes, eine Entgrenzung der Gewalt und des Krieges, ist zu beobachten.⁹ Das ist so neu nicht. Bereits Sebastian Haffner hegte Zweifel, ob die nach dem Furor des Zweiten Weltkrieges geborene Idee, den Krieg per se zum Verbrechen zu erklären, so wirkungsmächtig werden könne, um den Krieg gleichsam abzuschaffen. Die seit 1945 notifizierten Kriegsverzichtserklärungen gehören zum Normalbestand internationaler Verträge. Was gleichwohl die

n-Beitraegen-zu-Wirkungsuntersuchungen-im-Kontext-des-deutschen-Afghanistan-Engagements.pdf.

7 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/326/1932643.pdf>.

8 Vgl. Wille, Politik und ihre Grenzen.

9 Vgl. Münkler, Die neuen Kriege.

unterzeichnenden Staaten nicht davon abhält, ihre Interessen gegenseitig mittels militärischer Gewalt, durch Krieg, durchzusetzen.¹⁰

Die seit dieser Zeit geführten Kriege – in Europa der Bürgerkrieg auf dem Balkan in den 1990er Jahren und der Krieg in der Ukraine seit 2014, der seitdem von einem hybriden Krieg in den ehemaligen zur Sowjetunion gehörenden Staaten Osteuropas und vor allem des Baltikums begleitet wird – bestätigen Haffners Zweifel eher, als dass sie ihn widerlegen.¹¹ Insgesamt 125 »innere Kriege« benennt der Politikwissenschaftler Klaus Jürgen Gantzel von 1945 bis 1992. Dazu kommen andere militärische Konflikte, so dass der Politikwissenschaftler für den genannten Zeitraum in Gänze 184 Kriege auflistet.¹² Seit 1992, einem Zeitpunkt, in dem im Westen die Idee entstand, dass nun Kriege und Konflikte nach dem Ende des Kalten Krieges abnehmen werden, ist genau das Gegenteil eingetreten: Die Zahl der Konflikte hat eher noch zugenommen.¹³

Angesichts vieler tagespolitischer Debatten und der vieles überlagernden Pandemie ist ein Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheitspolitik kaum wahrgenommen worden. Es steht zu befürchten, dass unter der neuen Bundesregierung ein »Rückfall in alte Zeiten« stattfinden wird: Deutschland hatte die Bereitschaft erklärt, mehr Verantwortung zu übernehmen und auch entsprechend gehandelt. Im Jahr 2022 war die Bundeswehr in zehn Auslandseinsätzen gebunden, die allesamt keine ausschließlich militärische Perspektive hatten, sondern in jedem Fall dem vernetzten Ansatz folgten.¹⁴ Sollte die Bereitschaft schwinden, sich international auch militärisch einzubringen, so wird das absehbar Folgen für die Entwicklungszusammenarbeit haben. Entscheidend ist hier nicht das Bundesministerium der Verteidigung

¹⁰ Vgl. Haffner, Anmerkungen zu Hitler, 124ff.

¹¹ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-estland-und-lettland-wappnen-sich-gegen-russland-a-1017552.html>.

¹² Vgl. https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/gantzel_mge.pdf.

¹³ Vgl. Gantzel, Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg, 93ff.

¹⁴ <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr>.

(BMVg), sondern die Haltung der Bundesregierung in Gänze. Die Reformierung der Streitkräfte auf die Landes- und Bündnisverteidigung spielt daher nur unter dem Gesichtspunkt zur Verfügung stehender Ressourcen eine Rolle. Eine Antwort auf die Frage, ob Deutschland bereit und Willens ist, international mehr Verantwortung zu übernehmen, ist sie nicht.

4. Doch noch ein Wort zu Afghanistan

Der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung hat im November 2021 eine Stellungnahme zur Wirkungsevaluierung der deutschen zivilen und militärischen Beiträge zum multinationalen Afghanistan-Engagement von 2001 bis 2021 veröffentlicht.¹⁵ Darin wird das Ziel formuliert, seitens des Auswärtigen Amtes (AA), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) eine ressortgemeinsame Evaluation des deutschen zivilen Engagements durchzuführen. Militärische Aspekte sollen dabei mit einfließen. Das BMVg hatte bereits zuvor eine eigene Evaluation, die in der Vorphase des letzten Wahlkampfes begann und deshalb für zusätzlichen Streit zwischen den Parteien sorgte, begonnen.¹⁶

Der Krieg in Afghanistan kostete rund 47.000 Zivilist*innen, 66.000 afghanischen Sicherheitskräften, mindestens 41.000 Aufständischen und rund 7.500 Soldatinnen und Soldaten der internationalen Schutztruppe das Leben. In diesem Einsatz starben zudem 59 Soldaten der Bundeswehr, mehr als 1.000 Soldatinnen und Soldaten wurden verwundet. Der deutsche Einsatz am Hindukusch kostete mehr als 17 Milliarden Euro. Allein vor diesem Hintergrund ist die Frage nach der Verhältnismäßigkeit legitim.¹⁷

15 <https://beirat-zivile-krisenpraevention.org/publikation/stellungnahme-wirkungsevaluierung-afghanistan/>.

16 <https://www.bmvg.de/de/bilanz-zum-afghanistan-einsatz>.

17 Vgl. Preuß, 20 Jahre Afghanistan.

Peter R. Neumann kritisiert, dass Deutschland sein Engagement nicht auf Wirkung ausgerichtet, sondern lediglich darauf geachtet habe, den Ansprüchen der internationalen Partner weitgehend zu genügen und zugleich die eigene Gesellschaft nicht zu überfordern. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass von deutscher Seite keine wirksamen Impulse zum Gelingen des internationalen Afghanistaneinsatzes ausgehen konnten. Deutschland war eben »nur« dabei.¹⁸ Man kann dieser Einschätzung kaum widersprechen. Doch was folgt daraus für künftige Einsätze? Steht nicht sogar zu befürchten, dass nach ähnlichem Muster auch über andere Einsätze, etwa in Mali oder im Irak entschieden wurde? Geht es in Wahrheit nur um »die Pflicht, ein verlässlicher Partner zu sein«¹⁹, wie die Süddeutsche Zeitung titelte?

5. Erwartungshaltung der Verbündeten und Partner Deutschlands sowie eigene Ziele

Ob bei der Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland, an der Seite der USA in Afghanistan oder für die Vereinten Nationen in Mali: Immer agiert Deutschland verbunden mit meist hohen Erwartungen unserer Partner und Verbündeten. Aufgrund der Größe und wirtschaftlichen Macht Deutschlands wird ein deutscher Beitrag zur Bewältigung von Krisen und Konflikten erwartet. Das Argument, die Deutschen müssten sich aufgrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts zurückhalten, mag in der innerdeutschen Debatte eine Rolle spielen, international nicht. Die Rolle des »Moralweltmeisters«, wie es der Journalist Bernd Ulrich formuliert, in der wir Debatten führen ohne mögliche Folgen zu vergegenwärtigen, ist beendet, wenn Deutschlands Ansehen und Einfluss in Europa und der Welt nicht dauerhaft Schaden nehmen soll.²⁰

¹⁸ Vgl. Neumann, Die neue Weltordnung, 111.

¹⁹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-mali-minusma-1.5652997>.

²⁰ Ulrich, Wofür Deutschland Krieg führen darf, 36; 40ff.

Daraus muss sich die Frage nach möglichen eigenen Zielen stellen. Wofür hält Deutschland also Streitkräfte vor? Man kann die Frage schnell formal beantworten. Fragen wir also noch einmal anders: Hat Deutschland seine Interessen hinreichend klar definiert, um im Zweifel Klarheit darüber zu haben, wann diese mittels militärischer Gewalt durchgesetzt werden sollen, wenn dies anders nicht möglich ist? Die aktuelle Auseinandersetzung um eine Nationale Sicherheitsstrategie lässt ahnen, dass die Antwort auf die Frage eher negativ ausfällt.²¹ Die Deutschen müssen sich auch nach der Deutschen Einheit und der friedlichen Einigung Europas zu einer Welt verhalten, in der bisweilen unterschiedliche Interessen nicht durch den Kompromiss und am Verhandlungstisch ausgeglichen werden, sondern Akteure danach trachten, ihre Interessen im Zweifel mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Bernd Ulrich hat formuliert: »Ort, Zeitpunkt und Methode einer humanitären oder menschenrechtlichen Intervention müssen sich nach den Bedürfnissen des Landes richten, in dem interveniert wird, nicht nach den Bedürfnissen derer, die intervenieren.«²² So richtig dieser Satz ist: Was meint er? Welche Instanz ruft Deutschland zu einer Beteiligung an einer militärischen Intervention auf? Das Parlament oder die Regierung des Landes, in dem interveniert wird? Eine solche Festlegung scheint nicht klug, sind doch Szenarien denkbar, wo diese beispielsweise nicht handlungsfähig sind. Muss nicht ein Maßstab auch sein, sich den Erwartungen der internationalen Partner und Verbündeten zu stellen und diesen gerecht zu werden?

6. Grenzen und Perspektiven des vernetzten Ansatzes

Militärische Interventionen sind kein Selbstzweck. Sie können nur Mittel der Politik sein, wenn sie die Grundlage für eine neu zu gewinnende

²¹ Vgl. https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/Nationale_Sicherheitsstrategie/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2518048.

²² Ulrich, Wofür Deutschland Krieg führen darf, 166.

Stabilität und Ordnung sowie eine Entwicklungsperspektive legen. Mit Blick auf die zivil-militärische Zusammenarbeit im vernetzten Ansatz ist zu konstatieren, dass das Zusammenwirken der Akteure (AA, BMZ und BMVg) auf deutscher Seite nach einer Phase gegenseitiger Skepsis und Fremdheit inzwischen ein hohes Maß an Professionalität und gegenseitiger Wertschätzung erreicht hat. Die Zusammenarbeit ist dort, wo die Bundeswehr zur Absicherung der Entwicklungszusammenarbeit in Auslandseinsätzen war und ist, in den letzten Jahren stetig enger und effektiver geworden.²³

Inzwischen ist weitgehend umstritten, dass Sicherheit eine wesentliche Voraussetzung ist, um zivile Ansätze wirkungsmächtig werden zu lassen. Doch klar ist auch: Das Generieren von Sicherheit durch den Einsatz von Militär kann nur situationsbezogen wirken. Schafft man nicht durch begleitende Maßnahmen ein tragfähiges Umfeld, so können Sicherheit und Stabilität nicht aus sich heraus nach einem Abzug des Militärs fortbestehen. Jede Zivilgesellschaft bedarf der Absicherung durch eine militärische und/oder polizeiliche Ordnungsmacht. Die Idee, eine Zivilgesellschaft könne aus sich heraus die Stärke entwickeln, Formen der Okkupation und Repression durch gewaltbereite Gruppen entgegenzuwirken, ist so wohlklingend wie utopisch.

Mit Blick auf die deutsche Perspektive eines vernetzten Ansatzes nimmt die Bundeswehr für sich dabei eine »dienende Rolle« in Anspruch. Sie verfügt über ein breites Fähigkeitsspektrum, das in nahezu allen Phasen eines Konfliktzyklus unterstützend eingesetzt werden kann. Der Einsatz deutscher Streitkräfte geht damit weit über die Anwendung von Waffengewalt hinaus, ohne den Anspruch zu erheben, einen Konflikt dauerhaft alleine befrieden oder auflösen zu können. Gleichwohl sieht sich die Bundeswehr als gleichrangiger und wesentlicher Akteur im vernetzten Ansatz.²⁴

Wenn deutsche Außen- und Sicherheitspolitik als strukturelle Ursachen gewaltamer Konflikte u.a. Armut, Menschenrechtsverletzungen oder die Folgen des Klimawandels benennt, dann geschieht das mit der

²³ Vgl. <https://www.zif-berlin.org/vernetzter-ansatz-comprehensive-approach>.

²⁴ <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/vernetzter-ansatz>.

Annahme, dass militärisches Engagement zwar Sicherheit für ziviles Engagement generieren kann, aber die eigentliche Arbeit, um Stabilität, Sicherheit, Vertrauen und Entwicklung nachhaltig wachsen zu lassen, erst nach Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen erfolgreich sein kann. Inzwischen ist gelernt und akzeptiert, dass die unterschiedlichen Akteure dabei eng zusammenarbeiten müssen. So wäre zum Beispiel die Umsetzung der Mandate von VN-Friedensmissionen vor Ort nicht vorstellbar ohne das Zusammenwirken der VN-Kräfte bzw. des VN-Personals mit zivilen Akteuren auf lokaler, regionaler oder gesamtstaatlicher Ebene in den jeweiligen Einsatzländern.

Allgemein ist festzustellen: Die regelbasierte, multilaterale Ordnung und damit die von den Ländern, die sich zu einer solchen Ordnung bekennen, gelebten Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte geraten zunehmend unter Druck. China, Russland und der Iran positionieren sich offen als Gegenmodell zur freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Doch der Westen tut gut daran, für sein Gesellschaftsmodell und dem daraus entwickelten Verständnis der Entwicklungszusammenarbeit weiter zu werben.²⁵ Die Herausforderung entsteht nicht nur in der Auseinandersetzung unterschiedlicher Systeme. Globale Konflikte wie der Klimawandel können nur gemeistert werden, wenn systemübergreifend Zusammenarbeit möglich ist. Dies gilt vor allem mit Blick auf den afrikanischen Kontinent, der auch in Zukunft im Fokus der Entwicklungszusammenarbeit stehen wird.

Der ehemalige Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Gerd Müller, hat beschrieben, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit der vernetzte Ansatz funktioniert.²⁶ Das Gelingen der Auslands-einsätze der Bundeswehr und die im Zuge der Einsätze entstehenden Formen der Entwicklungszusammenarbeit hängen nach der Einschätzung Müllers neben einer klug gewählten Strategie vor allem von einem Faktor ab: den zur Verfügung gestellten Ressourcen an Zeit und Mitteln. Sicher spricht viel dafür, mit Blick auf die fehlgeschlagenen Einsätze

25 Vgl. <https://www.badische-zeitung.de/der-westen-kann-krisen-weit-besser-bewältigen-als-autokratien--233493498.html>.

26 Vgl. Müller, Unfair!.

zu fragen, ob Deutschland und seine Partner sich nicht ausreichend im Klaren darüber waren, welche Ressourcen notwendig sind, um nicht nur temporär eine Präsenz aufrechtzuerhalten, sondern nachhaltig und dauerhaft zu wirken. »Veränderungen durch Entwicklungs- und internationale Zusammenarbeit brauchen Zeit«²⁷, mahnt auch Tanja Gönner.

Doch unabhängig davon steht der vernetzte Ansatz und unsere Vorstellung auch seitens der Partner vor Ort unter Druck. Länder wie China und auch Russland engagieren sich in erheblichem Umfang in Afrika. China verspricht wirtschaftlichen Aufschwung sowie den kreditfinanzierten Bau von Infrastruktur; Russland gewährt militärische Unterstützung, ohne diese an für den Westen übliche Bedingungen zu knüpfen, wie der Einsatz von Wagner-Söldnern in Mali zeigt. Wirken die Angebote der Europäer im Vergleich zu zögerlich? Dauert die Umsetzung aufgrund der für Europa typischen Bürokratie zu lange? Sind die Europäer nicht bereit, ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen? Und tun wir uns aufgrund der kolonialen Vergangenheit schwer, militärisch zu intervenieren?

Es gibt analog zum Multilateralismus und den im Westen ausgeprägten vermeintlichen Gewissheiten im internationalen System eine »Krise der Legitimität«, wie es Andrea Rotter formuliert.²⁸ Gleichwohl halten alle Beteiligten an der grundsätzlichen Idee des vernetzten Ansatzes fest.

Noch vor kurzem hat Tanja Gönner, die inzwischen aus dem Amt geschiedene Vorstandssprecherin der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), betont: »Es gibt keine Sicherheit ohne Entwicklung, doch genauso wenig gibt es Entwicklung ohne Sicherheit. Gelingen kann das mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit, als der engen Verzahnung des diplomatischen, militärischen und zivilen Engagements in einem Land. Es setzt die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure, ebenso voraus wie ein gemeinsames Verständnis ihrer außen-,

²⁷ Gönner, Sicherheit durch Nachhaltigkeit, 30.

²⁸ Rotter, Ein Comeback für den Multilateralismus, 15.

sicherheits- und entwicklungspolitischen Ziele.«²⁹ In wenigen Worten hat sie damit die wesentliche Herausforderung beschrieben: Nur, wenn die handelnden Akteure, die von außen versuchen, Sicherheit zu generieren, Konflikte zu befrieden und zu helfen, eine nachhaltige stabile Ordnung aufzubauen, zusammenarbeiten und ein gemeinsames Verständnis entwickeln, besteht überhaupt Aussicht auf Erfolg.

Ähnlich hat General Jörg Vollmer, Commander Allied Joint Force Command der NATO, formuliert: »Nachhaltige Entwicklung, verstanden als die Verpflichtung unsere Zukunft generationsübergreifend zu denken und zu gestalten, erfordert ohne Bedrohung und in Frieden leben zu können.«³⁰ Doch was bedeutet diese Erkenntnis konkret? Wenn die Zielsetzung der Politik weiter gilt, müssen andere Fragen gestellt werden.

Peter R. Neumann hat dem Westen Überheblichkeit attestiert. Der Glaube, das eigene Gesellschaftsmodell und die damit verbundenen Werte und Normen seien »unschlagbar«, hat dazu geführt, dass der Westen oft genug von falschen Erwartungen ausging. Freie Märkte haben nicht zu freien Gesellschaften geführt. Auch das Ende der Geschichte, wie nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes vielfach propagiert, ist nicht eingetreten. Allerdings haben, so Neumann, die Staaten und Gesellschaften des Westens einen Vorteil gegenüber autoritären Systemen: Sie haben die Fähigkeit zur Korrektur.³¹ Wie sieht nun eine Korrektur der Politik des Westens aus, damit militärische Interventionen sinnvoll sind und Akzeptanz finden – zunächst in den Ländern, die intervenieren und dann auch in den Ländern, in denen interveniert wurde.

29 Gönner, Sicherheit durch Nachhaltigkeit, 30.

30 Vollmer, Ohne Frieden, 20.

31 Vgl. Neumann, Weltordnung, 11.

7. Sicherheit als Grundlage von Entwicklung

Der Politikwissenschaftler Carlo Masala hat deutlich gemacht, dass der Zerfall von Staaten auf der einen und ein zunehmender Nationalismus auf der anderen Seite, Epidemien und Terrorismus, hybride Bedrohungen, Migration und der Klimawandel nicht nur für den Wohlstand und die Sicherheit in Europa eine Herausforderung darstellen. Vor allem der Klimawandel trifft Regionen der Welt, die bisher Schwerpunkte deutsche Entwicklungszusammenarbeit waren. Dies gilt auch für den islamistischen Terrorismus. Politische Stabilität und Armutsbekämpfung werden also mehr denn je die Voraussetzung, um Terrorismus zu bekämpfen und Klimaschutz zu ermöglichen. Die aktuellen Entwicklungen gefährden bisherige Fortschritte und positive Ansätze massiv.³²

Masala hält allerdings nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, das Instrument der militärischen Intervention für ungeeignet. Er kritisiert vielmehr die gewählte Form der Intervention als nicht zielführend. Westliche Interventionen konzentrieren sich in der Regel auf den massiven Einsatz der Luftwaffe, den Einsatz von Spezialkräften und der Hinzuziehung von »problematischen Hilfstruppen«³³. Der Verzicht auf eigene Bodentruppen sei gleichbedeutend mit dem Verzicht, eine Stabilisierung oder gar einen Wiederaufbau des jeweiligen Landes ernsthaft zu verfolgen, so das Urteil Masalas. Deutschland muss also bereit sein, neben Geld auch das Leben von Soldatinnen und Soldaten einzusetzen. Das ist eine zusätzliche Hypothek für die politische Debatte.

8. Anspruch deutscher Sicherheits- und Entwicklungspolitik in der Zukunft

Muss Deutschland, muss Europa größer denken? Ist einer der Gründe für den geringen Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten ein zu geringer Einsatz von Ressourcen? Der ehemalige

32 Vgl. Masala, Weltunordnung, 99; 108; 128ff.

33 Masala, Weltunordnung, 34f.

Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Gerd Müller, hat mehrfach einen »Marshallplan mit Afrika« ins Spiel gebracht.³⁴ Müller betont, dass es aus seiner Sicht künftig noch stärker auf die Definition von Zielen aus afrikanischer Perspektive ankommt und durch die Anlehnung an den im kulturellen Gedächtnis Deutschlands positiv verankerten Marshallplan der Nachkriegsjahre das Bewusstsein dafür geschärft werden soll, dass es die Bereitschaft braucht, mehr Ressourcen als bisher zu mobilisieren.

1. Friedrich der Große hat gesagt: »Diplomatie ohne Waffen ist wie Musik ohne Instrumente.« Die deutsche Politik muss ihren Clausewitz wieder aus dem Bücherregal holen. Der Einsatz militärischer Gewalt ist nicht Mittel zum Zweck, aber es muss klar sein, dass Deutschland zur Wahrung und Durchsetzung seiner Interessen sowie seiner Integrität nicht davor zurückschrecken wird, militärische Gewalt anzuwenden. Dies gilt, wenn aufgrund von Krisen und Konflikten eine militärische Intervention zur Debatte steht.
2. Militärische Intervention kann immer nur ein Ziel haben: Sie generiert die Sicherheit, die für die Entwicklung und Etablierung einer stabilen zivilgesellschaftlichen Ordnung notwendig ist. Militär und staatliche Sicherheitsbehörden müssen daher als Partner verstanden werden. Immer noch gibt es in der deutschen Politik Stimmen, die sich dieser Einsicht verweigern. Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen aber nicht nur die Notwendigkeit, die Instrumente in der Entwicklungszusammenarbeit kritisch zu überprüfen, sondern darüber hinaus anzuerkennen, dass Sicherheit und eine stabile Ordnung, die gleichwohl nicht westlichen Vorstellungen entsprechen muss, Grundvoraussetzung für eine gelingende Entwicklungszusammenarbeit sind. Militärische Interventionen können dafür eine notwendige Voraussetzung sein.
3. Es ist anzunehmen, dass Konflikte, die den Einsatz von militärischer Gewalt notwendig machen, in Zukunft eher zunehmen werden. Sicherheitspolitisch besteht für Deutschland die Herausforderung vor allem darin, dass die Bundeswehr, die seit der Deutschen Einheit zu

34 Vgl. Müller, Umdenken, 43ff.

einer »Armee im Einsatz« umgebaut worden ist, nun wieder den Fokus auf die Landes- und Bündnisverteidigung richtet, ohne die Fähigkeit, auch in internationalen Kriseneinsätzen mitzuwirken, aufzugeben. Darum wird eine kritische Prüfung, wo der Einsatz von Militär wirklich geboten ist, noch notwendiger. Aufgaben, die sehr viel stärker polizeilichen Charakter haben, sollten auch von dieser wahrgenommen werden. Einsätze, in denen die Bundeswehr lediglich »dabei« ist, kann sich Deutschland nicht mehr leisten. Der Anspruch muss stärker als bisher sein, mit den Einsätzen eine Wirkung zu erzielen.

4. Die Politik muss eine Debatte führen, unter welchen Umständen die Deutschen bereit sind, militärische Gewalt einzusetzen, nicht nur um ihre Freiheit und ihren Wohlstand zu verteidigen, sondern auch um für Werte und Überzeugungen einzutreten und nationale Interessen durchzusetzen. Die jeweils kurze parlamentarische Debatte vor der Mandatierung von Auslandseinsätzen ist kein adäquater Ersatz für diese gesellschaftliche Diskussion.
5. »Zu viel Moral, zu wenig Munition³⁵, hat Bernd Ulrich einmal formuliert. Die Debatte muss mit dem Ziel geführt werden, dass Deutschland mehr volkswirtschaftliche Ressourcen bereitstellt, um zu einer stabilen internationalen Ordnung und internationalen Krisenbewältigung militärisch beitragen zu können. Deutschlands Kräfteansatz ist zu gering – auch militärisch und nicht nur mit Blick auf die ODA-Quote (Official Development Assistance).
6. Deutschland, Europa und die westlichen Demokratien müssen sich bewusst machen, dass jede notwendige, aber unterlassene militärische Intervention in einem Krisenherd auf der Welt andere globale Akteure wie Russland und China auf den Plan rufen wird. Für uns zentrale Fragen wie eine nachhaltige Entwicklung oder der Klimaschutz werden dann keine Rolle spielen.
7. Deutsches Engagement im Rahmen einer militärischen Intervention kann nicht auf der Grundlage vorhersagbarer Ergebnisse erfolgen. Eine Entscheidung für ein Engagement bedarf der Bereitschaft,

35 Ulrich, Krieg, 137.

Ressourcen und Zeit aufzuwenden, die im Moment der Entscheidung für eine Intervention nicht sicher zu beziffern sind. Es bedarf strategischer Geduld.

8. Die deutsche Politik muss das strategische Denken wieder lernen. Parteien, Universitäten, Medien und Think Tanks müssen permanent über Deutschlands nationale Interessen, Bündnisverpflichtungen, Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik diskutieren und diese definieren. Dazu bedarf es anders als bisher einer strategischen Kultur, die in Deutschland fehlt.³⁶ Die Bundesrepublik muss an einem breit akzeptierten Konsens nationaler Interessen arbeiten, der nicht von tagesaktuellen Umfragen oder singulären Ereignissen und anschließenden Meinungsumfragen abhängt.

Wir haben Clausewitz bemüht. Der Einsatz des Militärs in internationalen Krisen ist kein Selbstzweck – auch nicht, um die politische Bereitschaft zu dokumentieren, dass Deutschland international Verantwortung übernimmt. Der Einsatz von Streitkräften muss strikt an der Notwendigkeit und mit dem Ziel einer größtmöglichen Wirkung erwogen werden, denn hier riskieren Männer und Frauen ihr Leben, um einen Auftrag zu erfüllen. Ziel des Auftrags muss es immer sein, einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit zu leisten. Nur dann ist Entwicklung möglich. Und eine friedliche Entwicklung ist die Voraussetzung, dass Gesellschaften den größten Teil ihres Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Bildung, Gesundheit und den Sozialstaat und nicht in das Militär investieren. Um mit Helmuth von Moltke, dem zweiten großen Strategen der deutschen Militärgeschichte zu schließen: »Welcher verständige Mensch würde nicht wünschen, dass die enormen Ausgaben, welche in ganz Europa für Militärzwecke gemacht werden, für Friedenszwecke verwendet werden könnten?«

36 Vgl. Dienstbier, Mentalitätsfrage, 114–117.

Literatur

- Dienstbier, Philipp, Eine Mentalitätsfrage. Deutschland benötigt eine (neue) strategische Kultur, in: Die politische Meinung 576 9–10/2022, 114–117.
- Gantzel, Klaus Jürgen, Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992. Daten und Tendenzen, Münster 1995.
- Gönnner, Tanja, Sicherheit durch Nachhaltigkeit – Vernetzt arbeiten für eine krisenfestere Welt, in: Atzpodien, Hans Christoph/Proll, Uwe (Hg.): Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit. Beiträge zu einer gesellschaftspolitischen Debatte, Berlin 2022, 30–31, https://www.behoerden-spiegel.de/wp-content/uploads/2022/06/Sonderheft_BDSV_2022.pdf.
- Haffner, Sebastian, Anmerkungen zu Hitler, Frankfurt a.M. 1981.
- Lindley-French, Julian/Allen, John R./Ben Hodges, Frederick, Future War. Bedrohung und Verteidigung Europas, München 2022.
- Masala, Carlo, Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens, München³ 2022.
- Müller, Gerd, Umdenken. Überlebensfragen der Menschheit, Hamburg 2020.
- , Unfair! Für eine gerechte Globalisierung, Hamburg 2017.
- Münkler, Herfried, Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2011.
- Neumann, Peter R., Die neue Weltunordnung. Wie sich der Westen selbst zerstört, Berlin 2022.
- Preuß, Hans-Joachim, 20 Jahre Afghanistan. Lehren für das deutsche Engagement in Krisenregionen, in: ZFAS (2022), 1–21, <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s12399-022-00886-9.pdf>.
- Rotter, Andrea, Ein Comeback für den Multilateralismus?, in: Politische Studien. Magazin für Politik und Gesellschaft 72 (3–4/2021), 14–18.
- Ulrich, Bernd, Wofür Deutschland Krieg führen darf und muss. Eine Streitschrift, Reinbek bei Hamburg 2011.
- Vollmer, Jörg, Ohne Frieden wird es keine nachhaltige Entwicklung geben, in: Atzpodien, Hans Christoph/Proll, Uwe (Hg.): Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit. Beiträge zu einer gesellschaftspolitischen

Debatte, Berlin 2022, 20–21, https://www.behoerden-spiegel.de/wp-content/uploads/2022/06/Sonderheft_BDSV_2022.pdf.

Wille, Tobias, Politik und ihre Grenzen in Clausewitz' Denken über den Krieg, in: Politische Vierteljahresschrift 62 (2021), 45–67.